



Quelle: cultures interactive e. V.

▲ Kann nicht oft genug betont werden. Vielerorts jedoch hat nicht nur Jugendarbeit schwer damit zu kämpfen.

Inhalt

3 Fünf Anmerkungen zu aktuellen »Angriffen von Rechts« auf die Offene Jugendarbeit von Nils Schuhmacher, Gillian Zimmermann, Moritz Schwerthelm

6 Im Visier

7 »Was Jugendarbeit (nicht) kann!?!« Schlaglichter einer Befragung zur Rechtsextremismusprävention im Landkreis Göttingen

10 »Da war klar, dass eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr infrage kommt.« Interview mit Luca M.*, Sozialarbeiter aus Berlin, über den Umgang mit einer Verschwörung anhängenden freien Honorarkraft in der Jugendarbeit

Immer noch und wieder

In unserem zweiten >blickwinkel richten wir den Blick diesmal nicht auf jugendkulturelle Ausdrucksformen von Rechtsextremismus, sondern auf Jugendarbeit, ihre Herausforderungen sowie Umgangsweisen damit. Die Wissenschaftler*innen Nils Schuhmacher, Gillian Zimmermann und Moritz Schwerthelm stellen die Ergebnisse ihrer Studie zur Einflussnahme von *rechts* auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit vor. In einem zweiten Artikel schildert der Modellprojektmitarbeiter Moritz Keppler die Situation der Rechtsextremismusprävention in der Jugendarbeit am Beispiel einer Befragung im Landkreis Göttingen. Außerdem haben wir ein Interview mit einem Sozialarbeiter aus Berlin zum Umgang mit einem verschwörungsgläubigen Mitarbeiter geführt.

Spätestens seit dem Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Bewegungen seit 2015 sehen sich die Jugendarbeit und die Politische Bildung in Bezug auf ihre Präventionsaufgabe vor neue Herausforderungen gestellt. Zugleich sind sie immer häufigeren Angriffen ausgesetzt. Ein Beispiel hierfür lieferte in jüngster Vergangenheit die Bundeszentrale für politische Bildung, die auf Einwirken ihres Dienstherrn – dem Bundesinnenministerium – nach

vorangegangener öffentlicher Kritik an der Definition ihren Teaser für ein Dossier zum Thema Linksextremismus änderte. Aber auch der Sozialarbeiter Tobias Burdukat aus Grimma erlebt mit seinem *Dorf der Jugend* immer wieder Angriffe, ebenso wie der Verein *Miteinander e. V.* aus Sachsen-Anhalt, der seit 2018 mehrfach im Fokus kleiner und großer Anfragen im Landtag zu seiner Organisation, inhaltlichen Arbeit und Fördermitteln stand, nachdem seine politische Haltung als »linksextrem« gebrandmarkt wurde. Immer wieder wird zur Rechtfertigung dieser Angriffe das »Neutralitätsgebot« ins Feld geführt. Flankiert wird die Forderung nach »neutraler Jugendarbeit« durch die Forderung, gegen »jeden Extremismus« aktiv werden zu müssen. Gebetsmühlenartig wird hier mit der immer wieder zurecht kritisierten These der ›demokratischen Mitte‹ und den ›extremistischen Rändern‹ – der sogenannten Extremismustheorie – argumentiert. »Bezeichnend ist hierbei, dass die Rufe nach Neutralität genau dann laut werden, wenn sich Jugendarbeit gegen Diskriminierung und für die Freiheit der Menschen stark macht«, so Tobias Burdukat (Burdukat 2021). Auch die Bundesregierung stellt in ihrem 16. Kinder- und Jugendbericht vom November 2020 klar, »dass politische Bildung sich an demokratischen sowie menschenrechtlichen Prinzipien orientieren muss und deshalb insoweit nicht neutral sein kann«. Positionen, die grundlegende Werte einer pluralistischen Demokratie ablehnen, sollen somit eben nicht gleichberechtigt neben anderen stehen. Stattdessen ist es hier der Jugendarbeit im Rahmen §11 SGB VIII geboten, für demokratische und menschenrechtliche Grundwerte einzutreten. Neutralität gilt also nicht im Hinblick auf Werte. Aber genau diese Positionierungen gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit in Leitbildern, Arbeitsgrundsätzen, Veranstaltungsausrichtungen u. a. werden als Anlass genommen, um zu intervenieren. Schuhmacher, Schwerthelm und Zimmermann berichten in ihrem Artikel von solchen politischen Interventionen und deren Folgen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Schlaglichtartig erörtern sie die wichtigsten Ergebnisse aus ihrer Erhebung.

Zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus stellte ein Kabinettsausschuss der Bundesregierung im November 2020 einen Maßnahmenkatalog vor (welcher im Bundestag noch verabschiedet werden muss). Damit knüpft die Bundesregierung

an Initiativen und Maßnahmen vorangegangener Bundesprogramme und Bemühungen an. Neben der Bewusstseinschärfung, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem zu sehen und den Ausbau der Unterstützung von Betroffenen von rassistischer Diskriminierung zu fördern, werden im Weiteren Ziele und eine Vielzahl von Maßnahmen benannt, die dem Ausbau, der Etablierung und der Stärkung der Prävention von Rechtsextremismus dienen sollen. Politischen Bildung und Demokratiewerkarbeit sollen in diesem Rahmen ebenso weiterentwickelt werden. Der Rechtsextremismusprävention kann ein nachhaltiger Ausbau von Regelstrukturen, die Institutionalisierung politischer Bildung sowie eine Verbesserung der Förderstrukturen nur dienlich sein, kämpft sie doch seit vielen Jahren mit der unzureichenden Finanzierung ihrer Arbeit, Erschwerung Angebote in Regelstrukturen zu verankern und ähnlichen widrigen Rahmenbedingungen. Das spiegelt sich auch in der Umsetzung von Rechtsextremismusprävention in der Jugendarbeit wieder. Geeignete Konzepte und evidente Praxiserfahrungen liegen seit Jahren vor, jedoch kann dieses Wissen oft nur in zeitlich befristeten Projekten Anwendung finden. Wie es um die Rechtsextremismusprävention in der Jugendarbeit bestellt ist, beschreibt Moritz Keppler in seinem Artikel für den Landkreis Göttingen. Er gibt einen exemplarischen Einblick in die Situation der Jugendarbeit vor Ort und in das präventiv-pädagogische Handeln der Jugendarbeiter*innen.

Zuletzt beleuchtet dieses Heft einen Fall aus der Praxis, der zeigt, wie sehr sich aktuelle gesellschaftliche Phänomene auch auf die Jugendarbeit auswirken. Denn die Jugendarbeit ist nicht nur durch die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie besonders betroffen. Auch die gesellschaftlichen und psychosozialen Folgen der Pandemie(politik) schlagen sich in ihrer Praxis nieder. Sie führt bei Jugendlichen und Praktiker*innen zur Verunsicherung, welche zum Teil in einer zu problematisierenden Verschwörungsgläubigkeit mündet. Doch wie damit umgehen, wenn ein Mitarbeiter aus der eigenen Einrichtung plötzlich Verschwörungserzählungen anhängt? Ein Sozialarbeiter aus Berlin berichtet uns im Interview von seinen Erfahrungen und Umgang.

In diesem Sinne viel Anregendes beim Lesen!

#OKJA

Fünf Anmerkungen zu aktuellen »Angriffen von Rechts« auf die Offene Jugendarbeit

VON NILS SCHUHMACHER, GILLIAN ZIMMERMANN, MORITZ SCHWERTHELM

»Angriffe von rechts« auf das Feld der Sozialen Arbeit haben es in den vergangenen Jahren immer wieder in die mediale Berichterstattung geschafft und eine gewisse öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Zeitlich und logisch steht ihre jüngste Zunahme im Zusammenhang mit dem Aufkommen und der Etablierung der AfD ab 2014 und einem sich im selben Zeitraum zuspitzenden Kulturkampf um gesellschaftliche Werte und Ordnungsvorstellungen, der in unterschiedlichen Themenbereichen ausgetragen wird. Angriffe beziehen sich auf unterschiedliche Arbeitsfelder und führen allgemein gesagt zu »Verunsicherung«. Unter anderem ist auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit betroffen. Diesem Bereich galt der Fokus einer bundesweiten Erhebung, die wir 2020 durchgeführt haben und deren Ergebnisse nun vorliegen. Unsere Ausgangspunkte waren einige Fragen, die sich angesichts der Berichterstattung und kursierender fachlicher und wissenschaftlicher Einschätzungen stellen: Was sind »Angriffe«? Worin besteht ihr Inhalt? Wer sind die Akteur*innen? Wie reagieren die Angegriffenen? Wie ist das Geschehen gesellschaftlich und fachpolitisch einzuordnen?

Die Antworten, die wir erhalten haben, weisen auf ein komplexes Geschehen hin. Sie zeigen zum Beispiel, dass die beobachteten Verunsicherungen von pädagogischen Fachkräften nicht allein auf die Wirkmacht der äußersten Rechten und des »Rechtspopulismus« zurückgehen. Vielmehr spiegeln sich in ihnen aktuelle Zuspitzungen gesellschaftlicher Konflikte, zunehmende soziale Spaltungen und eine sich ausweitende Legitimationskrise der politischen Repräsentation in der demokratischen Gesellschaft. Verunsicherungen sind also gerahmt von Entwicklungen, die nicht allein pädagogische Fachkräfte betreffen, sich in deren beruflichen Alltag aber auf besondere Weise abbilden. Zugleich wird deutlich, dass die Vokabel »Verunsicherung« nur einen Teil des Geschehens abdeckt. Auf der einen Seite scheint eine solche Verunsicherung gar kein flächendeckendes Phänomen zu sein; direkt von Angriffen und Infragestellungen

betroffen sind – jedenfalls laut unserer Befunde – nur Teile des von uns beforschten pädagogischen Feldes der OKJA. Auf der anderen Seite führt Verunsicherung zu abgestuften Umgangsweisen, von Resignation über Anpassung bis zu Subversion und offener Gegenwehr. Die hier deutlich werdende Komplexität soll im Folgenden skizziert werden. Das empirische Fundament sind Informationen aus 262 Fällen, die in unser Sample eingegangen sind. Das Datenmaterial umfasst 196 Fälle mit Interventionen sowie 66 Rückmeldungen ohne *direkte* Betroffenheit, die wir mit einem qualitativen Fragebogen unter Einrichtungen, Projekten und Trägern der OKJA zwischen März und Juni 2020 sowie durch eigene Recherchen und Hinweise von Expert*innen erhoben haben.

Was sind »Angriffe«?

Hinter dem großformatigen und etwas martialischen Bild des »Angriffs« verbirgt sich ein breites Repertoire an Eingriffen, Manövern und Nadelstichen, die wir zusammenfassend als »politische Interventionen« bezeichnen. Diese reichen von physischer Gewalt (in Form von Attacken auf Jugendhäuser) über verdeckte Auftritte in Jugendeinrichtungen, mit denen Skandalisierbares dokumentiert wird, und öffentliche Diffamierungen in (sozialen) Medien bis hinein in den Bereich der parlamentarischen Arbeit. Es ist also von sehr unterschiedlichen Praktiken die Rede. Ihnen liegen jedoch, soweit es Akteur*innen von rechts außen betrifft, ähnliche Absichten und Haltungen zugrunde. Im Gegensatz zu bloßer Kritik an einzelnen Konzepten, Angeboten und Verständnissen dessen, was den demokratischen Raum ausmacht, geht es nämlich stets um fundamentale Anliegen: um die Zurückdrängung von pädagogischen Konzepten und politischen Einstellungen, die auf Ideen von »Emanzipation« und »Gleichwertigkeit« beruhen (was immer darunter im Einzelnen verstanden wird). In diesem Sinne handelt es sich bei den erwähnten Praktiken um eine bestimmte Art von *Machtaktion*: nämlich um *Machtaktionen, mit denen Gegner definiert und*



►
Positionen gegen Diskriminierung
oder „linksextreme Propaganda“?
Für gewisse Akteure schon Anlass
genug zu intervenieren.

eine eigene politische Agenda gesetzt und durchgesetzt werden soll. Dies geschieht mal subtil im rhetorischen Modus des »man wird ja wohl noch mal fragen dürfen«, mal offensiv im Modus der Einschüchterung. Ihr gemeinsames Moment besteht jedoch in einem antidemokratischen Impuls.

Wer sind die Akteur*innen?

Wenn von Angriffen »von rechts« gesprochen wird, ist ein ideologisch und kulturell durchaus heterogenes politisches Lager gemeint, welches vom Neonazismus bis zu (wie auch immer großen) Teilen der AfD reicht. Die gemeinsame Mobilisierung dieses Lagers und seine mittlerweile flächendeckende parlamentarische Präsenz haben in den vergangenen Jahren zu einer erhöhten gesellschaftlichen Sichtbarkeit nationalistischer, völkischer und autoritärer Positionen geführt. Diese Sichtbarkeit geht einher mit gesteigerten Aktivitäten. Mit ihnen werden offensiv eigene Gestaltungsabsichten formuliert oder es wird auf gesellschaftliche Widerstände reagiert. In diesem Sinne dienen Interventionen im Bereich der Bildung, der Pädagogik und der Jugendarbeit dem Zweck, Themen zu setzen, Debatten zu beeinflussen und unliebsame Positionen in Misskredit zu bringen. Auf der parlamentarischen Ebene tritt hier besonders die AfD hervor. In manchen Sozialräumen agiert sie in der direkten Nachfolge der bedeutungslos gewordenen

NPD und aktualisiert Feindmarkierungen, die bereits aus der Vergangenheit bekannt sind. In anderen Sozialräumen sehen sich Einrichtungen in dieser Intensität zum ersten Mal mit Angriffen konfrontiert. Allerdings greift es erkennbar zu kurz, diese anschwellende Dynamik allein auf die AfD zurückzuführen. Zum einen wird in den Antworten häufig auf ein – manchmal planvolles, manchmal faktisches – Zusammenwirken verschiedener Akteur*innen der äußersten Rechten verwiesen. So treten neben der AfD auch Angehörige oder Sympathisant*innen rechtsextremer Kleingruppen, lokaler rechter Hooligan-Gruppen und Kameradschaften sowie unbekannt bleibende Einzelpersonen auf, die Stimmung gegen einzelne Einrichtungen machen. Zum anderen erzeugt der Druck von rechts in einer Reihe von Fällen spezifische Flanken- und sogar Normalisierungseffekte, die bis hinein ins bürgerliche Lager, in behördliche Bereiche und die lokale Öffentlichkeit reichen können. Die Befunde zeigen, dass solche Effekte erheblich abgeschwächt werden, wo es einen stabilen Konsens über die Reichweite des zu schützenden demokratischen Raums (oder starke zivilgesellschaftliche Strukturen) gibt. Umso direkter fällt der Nachhall in Lokalräumen aus, in denen Ansätze emanzipatorischer, »alternativer« oder wie auch immer unbequemer Jugendarbeit ohnehin legitimatorisch unter einem gewissen Druck oder gar Verdacht stehen. Hier lässt sich an einer Reihe von Fällen die Dynamik einer Etikettierungsspirale

Quelle: cultures interactive e. V.

erkennen. Ihr Merkmal ist, dass von rechts gesetzte Themen und Deutungen von anderen Akteur*innen aufgegriffen werden und die sich anschließenden Co-Interventionen das gezeichnete Negativ-Bild der betroffenen Einrichtung noch unterstreichen.

Worin besteht der Inhalt?

Politierte Infragestellungen und Angriffe sollen auf die Allgemeinheit wirken. Praktisch machen sie sich stets an bestimmten Typen von Einrichtungen, an bestimmten Konzepten und Besucherschaften und an bestimmten Ausgestaltungen von Jugendarbeit fest. Kaum überraschen kann, dass von Angriffen besonders solche Jugendeinrichtungen betroffen sind, die öffentlich als »links« markiert sind bzw. sich »links« verorten. Allerdings muss daran erinnert werden, dass es sich hier um eine relationale Kategorie handelt, die je nach Ort und Sichtweise anders ausgelegt und auch anders bewertet wird. Es sind also nicht »linke« Einrichtungen betroffen, sondern Einrichtungen, die aus unterschiedlichen Gründen ein derartiges Etikett erhalten. Davon ausgehend lassen sich zentrale Effekte rechter Angriffe, insbesondere von Seiten der AfD, an zwei Verschiebungen festmachen. Erstens kommt es zu einer Weitung der Kategorie »links«, unter die prinzipiell alle fallen, die den Positionen der AfD entgegenstehen. Zur weitläufigen, in erster Linie Stigmatisierungskalkülen folgenden Verwendung des Begriffs werden entsprechende Anlässe herangezogen oder konstruiert. So geben öffentliche Positionierungen gegen Rassismus, »gegen rechts« (und in diesem Zusammenhang auch konkret gegen die AfD) Anlass für entsprechende Vorstöße. Daneben wird die parteiliche Arbeit mit marginalisierten oder besonders unterstützungsbedürftigen Gruppen von Jugendlichen zum Stein des Anstoßes gemacht. Dies kann die Arbeit mit Geflüchteten betreffen, sich genauso aber auch auf bestimmte jugendarbeiterische Konzepte (etwa im Bereich geschlechterreflektierenden Arbeitens) beziehen. Auch die Nutzung der Einrichtungen durch bestimmte kulturelle und politische Gruppen spielt eine Rolle (wobei hier Angehörige links-konnotierter Jugendkulturen wie Punks genauso gemeint sind wie Antifa-Gruppen). Und schließlich werden das Erscheinungsbild und die popkulturelle Angebotspalette von Einrichtungen skandalisiert. Linke Sticker, antifaschistische Plakate und Konzerte linker Bands ergeben Bilder gefährlicher, subversiver und gesellschaftsschädigender Orte, die unter Kontrolle zu bringen bzw. zu entfernen seien.

Insbesondere wo Alternativkulturen, politische Veranstaltungen und politische Gruppen ins Spiel kommen, weitet sich das Bild von der »links-grünen Meinungs-diktatur« und der notorischen Bevorzugung von Minderheiten um die Kategorie des Extremismus. Dessen Mehrwert besteht in der konkreten Stigmatisierung und Kriminalisierung politischer Widersacher*innen, in Anschlüssen an offizielle Extremismus-Diskurse sowie in der Selbst-Inszenierung der Intervenierenden als Vertreter*innen einer politischen »Mitte«.

Der zweite Effekt besteht in einem Entpolitisierungsdruck, der mit diesen Angriffen aufgebaut wird. Die genannten Vorwürfe münden regelmäßig in der Forderung nach politischer »Neutralität« und schaffen damit das Idealbild einer Jugendarbeit, die nicht mehr parteilich agiert und sich auch nicht mehr der Förderung eigenverantwortlichen jugendlichen Handelns verschreibt. Zur Logik dieser Semantik gehört zum einen, dass die tatsächliche Realität in diesen Einrichtungen bewusst ausgeblendet wird. Das Negativ-Etikett »links« verdeckt, dass die angegriffenen Einrichtungen in der Regel über heterogene Besucherschaften verfügen. Zum anderen wird überdeckt, dass das Ziel der Intervenierenden nicht in »Neutralität«, sondern in einer politischen und kulturellen Entleerung von Jugendarbeit, also einer Positionierung besteht, die rechten Deutungsmustern nichts entgegenzusetzen weiß. Als sterile »Freizeitgestaltung« ist Jugendarbeit jedenfalls nicht mehr ein Experimentierraum von Demokratie, sondern ein Verwaltungsraum.

Wie reagieren die Angegriffenen?

Die Antworten bestätigen, dass Angriffe zu Verunsicherungen führen. Die Art der Verunsicherung variiert jedoch stark. Sie kann sich auf die Darstellung der eigenen Jugendarbeit beziehen (man wird zum Beispiel »vorsichtiger«), auf Aspekte, die über die professionelle Rolle als Fachkraft hinausgehen und die eigene Positionierung betreffen oder – gerade in kleineren Sozialräumen – auch auf den Status im Gemeinwesen. In diesem Sinne vermischen sich häufig berufliche und private Dimensionen miteinander. Und auch das Ausmaß der Verunsicherung unterscheidet sich. Es hängt offensichtlich damit zusammen, wie gut die Fachkräfte aufgestellt sind, auf welche Unterstützung sie im Träger, im Sozialraum und seitens anderer Akteur*innen zurückgreifen können. Von diesen Faktoren hängt wesentlich

ab, wie Betroffene mit Angriffen und Infragestellungen umgehen: ob sie offensive Wege gehen oder eher defensiv agieren, ob sie sich in die Öffentlichkeit begeben oder hinter den Kulissen nach Unterstützung suchen, ob sie »Kompromisse« eingehen oder sich »kompromisslos« zeigen. Unsere Befunde veranschaulichen jedenfalls, dass diese Entscheidungen in hohem Maße von den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen und Umfeldbedingungen abhängen. Daraus folgt auch, dass es im Konkreten weder ein Set richtiger Umgangsweisen geben kann noch dass es möglich ist, bestimmte Umgangsweisen pauschal als politisch oder fachlich »falsch« einzuordnen.

Stattdessen drängen sich aus unseren Befunden zwei andere Perspektiven auf. Zum einen scheint das Beharrungsvermögen der Praxis oft stärker ausgeprägt zu sein als es ihre eigenen Diskurse vermuten lassen. Anders gesagt: Aus dem Umstand, dass es Angriffe gibt, lässt sich nicht auf den Erfolg dieser Angriffe schließen. Zum anderen liegen Ansatzpunkte des Umgangs mit Angriffen von rechts nicht nur in einer Stärkung der Fähigkeit, kurzfristig zu reagieren, sondern in einer Wiederentdeckung und öffentlichen Reformulierung des politischen Mandats der Jugendarbeit.

Wie ist das Geschehen gesellschaftlich und fachpolitisch einzuordnen?

Geht man von einem solchen politischen Mandat aus, ergeben sich aus der Analyse unseres Materials zwei Perspektivenerweiterungen, mit denen wir schließen wollen. Erstens lässt sich sagen, dass Angriffe von rechts zwar verunsichernd sind, aber zugleich auch eine Vergewisserung darüber darstellen, dass Jugendarbeit in der Lage ist, öffentliche Akzente für ein demokratisches, an Gleichwertigkeit orientiertes Miteinander zu setzen. Sie ist also Teil größerer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, denen sie sich nicht entziehen kann und auch nicht entziehen sollte. Zweitens lässt sich davon ausgehend die Notwendigkeit festhalten, einen Fachdiskurs zu initiieren, der die gesellschaftliche Funktion der Jugendarbeit als Ort der informellen politischen Bildung thematisiert und damit zu einer Profilierung der Profession beiträgt. Dies erscheint insbesondere im Blick nach vorn von höchster Bedeutung. Die Corona-Pandemie hat zu einem zwischenzeitlichen Abflauen solcher Angriffe geführt. Die eingangs erwähnten gesellschaftlichen Spannungen, die die Kulisse dieser Angriffe bilden, sind aber allenfalls für eine kurze Zeit in den Hintergrund getreten.

Quellen

Schroeder, W./Greef, S./Ten
Elsen, J./Heller, L. (2020):
Bedrängte Zivilgesellschaft von
rechts. Interventionsversuche
und Reaktionsmuster. OBS-
Arbeitsheft 102. Frankfurt
a. M. Online: www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH102_Rechtspopulismus.pdf
[Letzter Zugriff 10.12.2020]

Schuhmacher, N./Schwerthelm,
M./Zimmermann, G. (2021):
Politische Interventionen
im Arbeitsfeld der Offenen
Kinder- und Jugendarbeit.
Abschlussbericht. Berlin.

Im Visier

#Sozialarbeit

#Rechtspopulismus

Neben anderen demokratischen Akteur*innen gerät immer wieder Soziale Arbeit ins Visier von rechtspopulistischen Parteien oder Organisationen. Menschenrechtsorientierte und diversitätsbetonte soziale Arbeit wird verunglimpft und angegriffen. Besonders ist hierunter der Teilbereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit betroffen, er leidet unter Diffamierung und Rechtfertigungsdruck (wie oben beschrieben). Aber auch andere Träger wie z. B. aus dem Bereich der Förderung und Integration von Zugewanderten werden argwöhnisch betrachtet. Oftmals wird das legitime parlamentarische Instrument der Anfragen benutzt, um Informationen über Träger, deren Arbeit, politische Haltung und finanzielle Ausstattung in Erfahrung zu bringen. In den Anfragen und Anträgen sowie Debattenbeiträgen werden sowohl die programmatischen Vorstellungen zu Familie, Jugend, Geschlecht, Integration u. a. als auch konkrete Positionierungen und Forderungen

hinsichtlich bereichsgestaltender Politik, Finanzierung und Arbeitskonzeption deutlich. Doch wie muss Soziale Arbeit darauf reagieren? Soziale Arbeit ist per se menschenrechtsbasiert und professionsethisch und rechtlich gerahmt. Menschenrechte, Inklusion, Partizipation, gleiche Teilhabe, soziale Gerechtigkeit sowie zivilgesellschaftliches Engagement sind wesentliche Bausteine ihrer Leitkonzepte. Somit ist ihr aus ihrem Selbstverständnis heraus bereits ein Gegenstandspunkt zu rechtspopulistischen Ideen und Forderungen innewohnend. Dennoch muss sie sich weiter kritisch auseinandersetzen, Positionen und Umgangsweisen entwickeln. Die Diskussion, wie mit dem Erstarken des Rechtspopulismus und der damit einhergehenden Verunsicherung umzugehen ist, ist in den letzten Jahren in Sozialwissenschaft (Profession) und Sozialarbeitspraxis (Disziplin) vielversprechend vorangetrieben worden. Die Handlungsnotwendigkeit ist allemal gegeben.

WEITERLESETIPPS

Haase, K./Nebe, G./Zaft, M.
(Hg.): Rechtspopulismus –
Verunsicherungen der
Sozialen Arbeit. Weinheim –
München. 2020

Hafeneger, B./Jestädt, H./
Schwerthelm, M./Schuhma-
cher, N./Zimmermann, G.
(Hg.): Die AfD und die Jugend.
Wie die Rechtsaußenpartei
die Jugend- und Bildungspoli-
tik verändern will.
Frankfurt/M. 2020

#Jugendarbeit

#Rechtsextremismusprävention

»Was Jugendarbeit (nicht) kann!?!«

Schlaglichter einer Befragung zur Rechtsextremismusprävention im Landkreis Göttingen



VON MORITZ KEPPLER

In den Jahren 2015 bis 2019 hat der Landkreis Göttingen am Fachdienst Kinder- und Jugendarbeit das Modellprojekt »Respekt für Vielfalt« zur Rechtsextremismusprävention in der Jugendarbeit durchgeführt. Ziel war es, Maßnahmen und pädagogische Konzepte der Rechtsextremismusprävention in den Regelstrukturen des Landkreises zu etablieren.

Ende 2016 wurde diesbezüglich eine Erhebung mittels eines dafür entwickelten Fragebogens für die Jugendarbeit der Mitgliedsgemeinden durchgeführt. Hierbei wurden sowohl allgemeine Informationen zur Situation der Jugendarbeit und der Jugendlichen vor Ort erhoben, aber auch Fragen zur Rechtsextremismusprävention gestellt. So ist ein durchaus spannendes Bild über Wahrnehmungen, Deutungen und berufspraktische Haltungen von pädagogischen Professionellen zum Thema Rechtsextremismusprävention entstanden – das keinen Anspruch auf wissenschaftliche Exaktheit oder gar Repräsentativität erheben, aber als exemplarisches Fallbeispiel der Jugendarbeit in einem Landkreis und deren Potentiale für die Präventionsarbeit durchaus für die Fachöffentlichkeit interessant sein kann. Einige »Schlaglichter« sollen in diesem Artikel kurz vorgestellt werden.

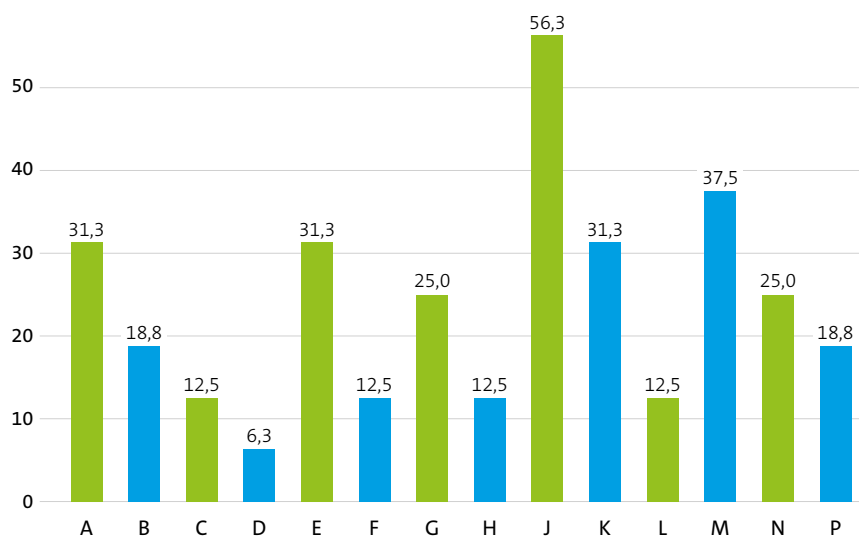
Ländlicher Raum: Demographie und Kapazitäten der Jugendarbeit

Der Landkreis Göttingen ist sozio-geografisch stark geprägt durch ländliche Räume – die als solche immer wieder besondere Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit extrem rechten Gefährdungspotentialen bekommen. Tatsächlich lässt sich allerdings aus den Daten unserer Erhebung kein signifikanter Zusammenhang zwischen absoluter Bevölkerungszahl einer Gemeinde und rechtsextremer Gefährdung erkennen. Ein anderer Zusammenhang ist dafür eindeutig signifikant und für die pädagogische Rechtsextremismusprävention durchaus interessant: Je geringer der Anteil von Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung ist, desto höher wird der Anteil an extrem rechts gefährdeten Jugendlichen durch die Jugendarbeiter*innen geschätzt. Das deutet darauf hin, dass dort, wo junge Menschen eine gesellschaftliche Minderheit repräsentieren, ihr Risiko, sich zu extrem rechten Haltungen zu orientieren, steigt. Die Korrelation ist mit 0,75 außerdem außergewöhnlich stark.

Wie für ländliche Räume angenommen werden kann, lag zum Erhebungszeitpunkt die Kapazität der Jugendarbeit im Landkreis Göttingen mit 0,89 Vollzeitäquivalenten / 1000 Jugendlicher (6–18 Jahre)

Welche Jugendliche werden nicht erreicht?

(Zustimmung, in Prozent an allen Einheiten)



- A sozial benachteiligte Jugendliche
- B sozial-ökonomisch besonders gut gestellte Jugendliche
- C Jugendliche mit Schwierigkeiten in der Familie
- D Jugendliche aus stabilen Familien
- E Jugendliche aus bildungsfernen Umfeldern
- F Jugendliche mit hoher Bildungsaspiration
- G Jugendliche aus den ländlichen Ortschaften
- H Jugendliche aus den zentral gelegenen Orten und Städten
- J eher die älteren Jugendlichen (ab einschließlich 16 Jahren)
- K Außenseiter in den sozialen Gemeinschaften
- L Etablierte in den sozialen Gemeinschaften
- M geflüchtete Jugendliche
- N Jugendliche aus Familien mit Migrationsgeschichte
- P andere

etwas unter dem westdeutschen Durchschnitt mit 1,34 Vollzeitäquivalenten / 1000 jungen Menschen (6–21 Jahre) laut 15. Jugendhilfebericht. Diese Quote dürfte sich auch im Landkreis Göttingen in den letzten Jahren gesteigert haben. Die Arbeitszeitkapazitäten sind ein entscheidender Faktor bei der Frage, was Jugendarbeit im Zusammenhang mit der Prävention extrem rechter Orientierungen leisten kann. Die Ergebnisse der Befragung liefern dafür Hinweise: Je mehr Stellen in einer Gemeinde für die Jugendarbeit vorhanden sind, desto häufiger nehmen diese Fachkräfte auch diskriminierende Aussagen und diskriminierendes Verhalten unter ihren Jugendlichen wahr. Mehr Augen sehen eben mehr und mehr Ohren hören vielleicht auch mehr. Die pädagogische Prävention extrem rechter Gefährdung in der Jugendarbeit wird nicht umsonst von den dort tätigen Professionellen als zusätzliche Aufgabe wahrgenommen, die neben ihren ohnehin bereits umfangreichen Aufgaben an

sie herangetragen wird. Allerdings wiegeln die Befragten Pädagog*innen in unserer Befragung diese Aufgabe nicht ab: Alle Befragte wünschen sich, dass die Rechtsextremismusprävention für sie eine »verpflichtende Aufgabe neben anderen, genauso wichtigen Aufgaben« sein sollte. In der Realität ist allerdings bei über der Hälfte der Befragten (53,3%) diese Aufgabe »eher anlassbezogen mal ein Teil der Arbeit, aber nicht ständig«. Dafür spricht auch, dass in unserer Erhebung ein weiterer (wenn auch nicht eindeutig signifikanter) Zusammenhang gefunden wurde: Je höher der Anteil an extrem rechten Jugendlichen durch die Jugendarbeiter*innen wahrgenommen wird, desto mehr Kapazitäten ihrer Arbeit investieren sie in die Rechtsextremismusprävention. Wie aber wird insgesamt das Problem der rechtsextremen Gefährdung bei den eigenen Jugendlichen durch die befragten Pädagog*innen eingeschätzt und wahrgenommen?

Wahrnehmen und Adressieren: Wie Jugendarbeit Rechtsextremismus einschätzt und wen sie erreicht

Insgesamt zeigen unsere Ergebnisse, dass die befragten Jugendarbeiter*innen das Problem extrem rechter Orientierungen unter ihren Jugendlichen tendenziell unterschätzen: 61,5% der Befragten gehen davon aus, dass der Anteil von »rechts orientierten Jugendlichen« (ein Begriff, der durchaus subjektiven Ausdeutungen unterliegt) unter allen Jugendlichen bei ihnen in der Gemeinde weniger als 5% ausmacht. Ein weiteres Drittel der Befragten nimmt an, dass dieser Anteil bei ihnen zwischen 5 und 10% liegt. Wenn man die Schätzung von unter 5% mit der im gleichen Jahr 2016 festgestellten Zahl von Decker u. a. in der Studie »Die enthemmte Mitte« vergleicht, die bei 5,4% der Bevölkerung von einem »geschlossen, manifest rechtsextremen Weltbild« ausgeht, dann ist selbst in Bezug auf die subjektive Auslegung des Begriffs »rechts orientierte Jugendliche« diese Schätzung noch zu gering. Aber auch weniger als 10% anzunehmen, ist angesichts eines Vergleichs mit der Shell-Jugendstudie von 2019 noch gering, wenn diese 9% der von ihnen befragten jungen Menschen zu »Nationalpopulisten« und weitere 22% zu »Populismus-Geneigten« zählt und wenn man gleichzeitig bedenkt, dass auch in einer Jugendbefragung einer Mitgliedsgemeinde im Landkreis im selben Jahr knapp 12% der Jugendlichen sich selbst als »rechts« verorteten und 38–59% dieser Jugendlichen asylyfeindliche Einstellungen zeigten. Dieses Unterschätzen extrem

rechter Orientierungen könnte allerdings, so legt eine andere Frage nahe, auch dadurch zustande kommen, dass evtl. besonders gefährdete Jugendliche in der Tat weniger im Kontakt mit der Jugendarbeit sind.

Danach gefragt, welche Jugendliche mit den eigenen Angeboten denn wohl besonders schwer zu erreichen sind, werden vor allem »ältere Jugendliche« (56,3%), aber auch »Außenseiter in den sozialen Gemeinschaften«, bildungsferne Jugendliche und sozial benachteiligte Jugendliche (jeweils 31,1%) genannt. Im Vergleich zum 15. Jugendhilfebericht weichen unsere Ergebnisse damit zumindest in einem Faktor von einer allgemeinen Tendenz in der Jugendarbeit ab, da in der Regel Jugendliche aus bildungsfernen Umfeldern von der offenen Jugendarbeit eher gut erreicht werden. Bei allen genannten Kategorien in unserer Befragung kann allerdings mehr oder weniger stark davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um strukturelle Risikobedingungen für eine extrem rechte Gefährdung handelt (bei sozialer Benachteiligung allerdings nur bedingt durch relative Deprivation). Insbesondere die Schwierigkeiten, ältere Jugendliche zu erreichen, kann ein Problem für die Potentiale der Rechtsextremismusprävention in der Jugendarbeit sein, denn in der Forschung zur politischen Sozialisation und auch in Untersuchungen von Hinwendungsverläufen zu extrem rechten Orientierungen zeigt sich, dass entscheidende Prozesse eher in einer adoleszenten, jedenfalls aber in einer späteren Jugendphase stattfinden. Ein Indiz in den Ergebnissen spricht also dafür, dass die besonders riskant für Hinwendungen zum Rechtsextremismus gefährdeten Jugendlichen durch die offene Jugendarbeit evtl. gar nicht erreicht werden.

Eine Frage der Haltung – aber welcher?

Viel diskutiert in fachlichen Debatten rund um die Prävention extrem rechter Orientierung ist in den letzten Jahren immer wieder die Frage nach der eigenen pädagogischen Haltung bei den Professionellen. Dabei werden Haltungen bei pädagogischen Fachkräften allerdings selten explizit empirisch-operationalisiert (quantitativ) erhoben. Welche Haltungen gegenüber extrem rechten Orientierungen und deren pädagogischer Prävention existieren also empirisch tatsächlich bei sozialpädagogischen Fachkräften? In der Erhebung lassen sich auf dieser Grundlage durch Korrelationen der unterschiedlichen Items untereinander – sehr grob – zwei (und ein dritter, weniger verbreiteter) empirische Typen von pädagogischen

Haltungen, mit denen sich Jugendarbeiter*innen im Landkreis Göttingen selbst gegenüber dem Thema Rechtsextremismus verorten, differenzieren: ein Komplex aus akzeptierender, rekonstruktiver und neutralistischer Haltung einerseits – und ein Komplex aus fachlich-professioneller Haltung und einer Haltung der gesellschaftlichen Verantwortung andererseits. Der gering auftretende Typus ist eine Verbindung aus einer schützenden Haltung gegenüber Betroffenen und einer gefahrenabwehrenden Haltung. Hier würde es sicherlich mehr Anschlussstellen für sozialpädagogische Professionsforschung über die tatsächlichen Haltungen von Fachkräften in der Prävention geben.

Fazit: Was kann Jugendarbeit denn nun?

Zunächst einmal wäre mein Resümee: Viel! Jugendarbeit stellt kontinuierliche und verlässliche Beziehungen zu jungen Menschen her und hat damit grundsätzlich sehr gute Voraussetzungen, um Rechtsextremismusprävention zu betreiben. Unsere Erhebung deutet aber an, dass gegebenenfalls gerade diejenigen schwer zu erreichen sind, bei denen von einem erhöhten Risiko ausgegangen werden muss – nämlich z. B. ältere Jugendliche oder Jugendliche aus ländlicheren Ortschaften. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass insgesamt das Problem Rechtsextremismus durch Jugendarbeiter*innen tendenziell eher unterschätzt wird.

Was Jugendarbeit braucht, um wirksam werden zu können in der Rechtsextremismusprävention, sind mehr Ressourcen auf allen Ebenen: fachlich – etwa durch Fortbildungen; personell – denn mehr Augen sehen mehr; aber auch zeitlich – denn Prävention ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die nicht durch sowieso laufende, allgemein-pädagogische Maßnahmen abgedeckt wird, sondern einen eigenen Fokus braucht. Deswegen glaube ich auch, dass Jugendarbeit weiterhin auf die Unterstützung durch fachliche »Spezialist*innen« angewiesen ist, um wirkungsvolle Prävention zu betreiben. Nicht, um das Problem an diese einfach zu delegieren, sondern um das eigene Potential für Prävention auf die nun mal sehr komplexe Herausforderung Rechtsextremismus zuzuschneiden. Jugendarbeit darf mit dem Problem Rechtsextremismus jedenfalls nicht alleine gelassen werden. Und das nicht nur, weil Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem, aber kein reines Jugendproblem ist.

WEITERLESETIPPS

Landkreis Göttingen (Hrsg.) (2019): Was Jugendarbeit (nicht) kann!? Potentiale der Jugendarbeit für die pädagogische Prävention extrem rechter Haltungen bei jungen Menschen im Landkreis Göttingen.

Online in der Vielfalt-Mediathek unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/data/landkreis_gttingen_was_jugendarbeit_kann_vielfalt_mediathek.pdf

Oder zu bestellen bei: M. Keppler: keppler@landkreisgoettingen.de

#Jugendarbeit

#Verschwörungserzählung

»Da war klar, dass eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr infrage kommt.«

Interview mit Luca M.*, Sozialarbeiter aus Berlin, über den Umgang mit einer Verschwörung anhängenden freien Honorarkraft in der Jugendarbeit.

Stelle dich und deine Arbeit kurz vor.

Ich bin Luca und mache in einem Berliner Bezirk geschlechterreflektierte und rassismuskritische Jugendsozialarbeit. Das Ganze geschieht auf Grundlage eines Projektes. Meine Kolleg*innen und ich arbeiten mit mehreren Einrichtungen aktiv zusammen, sind aber nicht bei einem Träger vor Ort, sondern eben bei einem freien Träger der Jugendhilfe angestellt, der seit Jahren in verschiedenen Handlungsfeldern wie Prävention, Inklusion, Antidiskriminierung tätig ist. In den Einrichtungen selbst arbeiten neben den Hauptamtlichen als Unterstützung auch freie Honorarkräfte für spezielle Belange wie jugendkulturelle Workshops. Bei einer dieser taten sich mit Beginn der Corona-Krise Verschwörungserzählungen auf.

Schildere für uns kurz den Fall.

Bei der Honorarkraft handelte sich um jemanden, der von der Einrichtung vorgeschlagen wurde. Wir kannten ihn noch nicht, er machte aber einen fitten Eindruck, so begannen wir, mit ihm zusammenzuarbeiten. Als dann Corona kam bzw. der erste Shutdown, versuchten wir natürlich auch Onlineformate auszuprobieren, um die Jugendlichen zu erreichen. Dabei erstellten wir kurze Videoclips als Tutorials für verschiedene jugendkulturelle Skills wie Breakdance, Graffiti oder Rap – also sehr an den Interessen der Kids orientiert. Er war darin sehr engagiert, kam ja aus der Ecke. In einem seiner Social Media-Bildnachrichten sah ich dann ein »Q« im Hintergrund. Mir war sofort klar, dass es sich dabei um das Symbol der QAnon-Verschwörungsbewegung handelte.

Wie hast du reagiert?

Ich sprach ihn zeitnah darauf an. Im persönlichen Gespräch wurde klar, dass er bereits relativ weit drin war in bestimmten Verschwörungserzählungen. Er ließ zwar Kritik zu, zeigte sich diskussionsbereit, aber konterte immer mit den gängigen Erklärungen. Es ging viel um Trump als Erlöser (»großer Antirassist«), aber auch Versatzstücke von Reichsideologien

(»Monarchie besseres Staatskonzept«). Von hohler Erde oder anderen skurrilen Erzählungen hielt er wiederum nichts. Nebenbei schien auch durch, dass er selbst in einer Krise steckte: Geht irgendwie nicht mehr voran im Leben, Verschuldung und so. Ob das die Ursache war für seine Hinwendung, kann ich aber nicht sagen. Er vertrat klassische Verschwörungserzählungen, anderen widersprach er. So eine typische Mosaikzusammenstellung. Konfrontiert mit Widersprüchen in seinen Erzählungen, reagierte er mit Abwehr. Angesprochen auf rechte Ideologiefragmente oder Anknüpfungspunkte in seinen Erzählungen, fühlte er sich persönlich angegriffen. Er grenzte sich davon ab, weil er sich ja selbst nicht als rechts sieht. Da machte er zu. Generell war er nicht über wissenschaftliche Fakten oder Quellen erreichbar, er war für mich nicht mehr zugänglich auf diesem Wege. Es ging dann nur noch um Gefühle und Meinungen.

Was passierte dann?

Ich informierte als nächsten Schritt die Leitung des Jugendclubs, woraufhin es zu einem weiteren Treffen kam, diesmal zwischen uns drei. Auch hier versank er in seinen Erzählungen. Die Leitung war überfordert und versuchte, immer noch auf Sachebene mit ihm zu reden. Der junge Mann wollte aber irgendwann gar nicht mehr auf einzelne Argumente eingehen, sondern behauptete, er hätte die Wahrheit erkannt. Nun sah auch die Leitung ein, dass es hier keinen Sinn mehr gab, mit ihm zu diskutieren.

Wie ging es weiter?

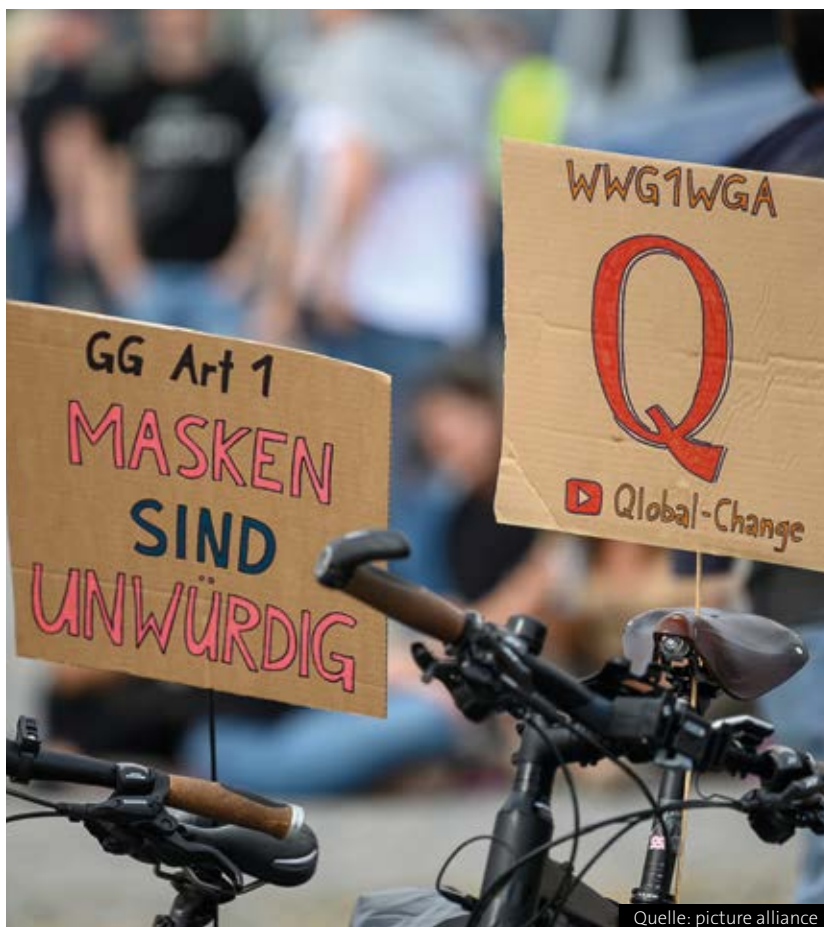
Am Ende des Gesprächs machte ich ihm das Angebot, dass wir uns in einer Woche wieder hören, auch aufgrund seines Glaubens an bestimmte QAnon-Prophetieungen, die anscheinend in den nächsten Tagen hätten eintreffen sollen. Meine Hoffnung war, ich könnte ihn darüber abholen und ihn zur kritischen Auseinandersetzung bringen. Auch hatte ich ehrlich gesagt den Gedanken, wenn ich es schaffen würde, könnte er ja weiterhin hier arbeiten und seine

*Name von der Redaktion geändert

Lebensbedingungen würden sich nicht weiter verschlimmern. Zudem könnte er ja quasi als politischer Bildner eingesetzt werden, als jemand, der mal verschwörungsgläubig war und nun Jugendlichen davon berichtet. Als ich ihn kontaktierte, ging er aber auf inhaltliche Dinge gar nicht mehr ein, es ging nur noch darum, dass seine Meinungsfreiheit unterdrückt werde. Überhaupt habe er das Gefühl, dass keine Kritik mehr geäußert werden könne, ohne in die rechte Ecke gestellt zu werden. Zeitgleiche Recherchen auf seinem Facebook-Profil zeigten, dass er mittlerweile auch dort sendungsbewusst war und eindeutige Verschwörungsmutten postete, darunter auch rechte. Da war klar, dass eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr infrage kommt. Das ist nicht mehr tragbar. Das Arbeitsverhältnis wurde beendet.

Habt ihr die Sache anschließend in irgendeiner Form aufgearbeitet, im Club mit den Mitarbeitenden, oder einrichtungsübergreifend im Bezirk?

Ja. Es zeigte sich ja, dass der Umgang seitens der Leitung mit einem solchen Fall von großer Verunsicherung geprägt war. Das ging bestimmt anderen Einrichtungen ebenso. Also befragten wir unsere anderen Kooperationseinrichtungen im Bezirk, aber auch weitere wie Schulen, Jugendberufshilfe, das lief alles in Absprache mit dem bezirklichen Jugendamt. Viele hatten bei ihren Jugendlichen oder Mitarbeitenden noch nie etwas dahingehend wahrgenommen, waren aber interessiert daran, ihr Bewusstsein zu schärfen. Nur einige wenige hatten sich bereits damit beschäftigt. Es gab erstmal viel Kommunikation zur Erueirung. Offene Fragen wurden gestellt: Fachlich: Woran erkenne man denn Verschwörungen? Wie soll man mit Jugendlichen ins Gespräch kommen? Aber auch moralisch: Sollen man nicht jedem seine eigene Meinung zugestehen? Gerade vor dem Hintergrund, dass manche Jugendliche aus totalitären Ländern geflüchtet sind und wirklich Meinungszensur erlitten haben. Darüber hinaus erleben wir grad ein Krisenmanagement, das durchaus berechtigter Kritik bedarf. Nicht jede Argumentation ist auf Verschwörung basierend oder rechts. Also wie umgehen mit den Verunsicherungen bei Jugendlichen und uns Sozialarbeitenden selbst? Konkret ergab sich daraus der Wunsch nach Austausch. Folglich wurde eine Veranstaltung organisiert, welche sich genau mit den Fragen und Bedürfnissen aller thematisch beschäftigen sollte. Diese fand dann im Herbst statt. Sie hatte Workshopcharakter, es gab Theorieinputs sowie praktisch orientierte Kleingruppenarbeit. Hier kamen ca. 20 Teilnehmende



Quelle: picture alliance

aus den verschiedenen Einrichtungen zusammen. Zur Durchführung hatten wir uns externe Unterstützung dazu geholt, Debunk, ein Projekt, das präventiv gegen Antisemitismus und Verschwörungstheorien sensibilisiert und Jugendliche und pädagogische Fachkräfte als Zielgruppe hat. Das passte perfekt. Hierzu wurde auch nochmals die Honorarkraft eingeladen, sozusagen als letztes Angebot. Er bat uns aber ausdrücklich nichts mehr von uns hören zu wollen. So brach der Kontakt letztlich ganz ab.

Was hast du aus diesem Vorfall mitgenommen für dich, für deine Arbeit?

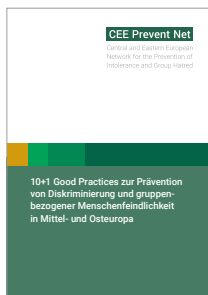
Was mir am meisten geholfen hat in dieser Situation, war, dass ich Kolleg*innen in meinem Projektteam habe, die dem Problem und meinen dahingehenden Bearbeitungswünschen offen gegenüber und mir zur Seite gestanden haben. Das ist eine wichtige Ressource. Ich allein hätte es ohne ihre Unterstützung nicht geschafft. Wenn man diesen Kolleg*innenkreis, die Zeit, das Wissen, die Kraft nicht zur Verfügung hat, dann ist es unabdingbar und ratsam, sich von außen Beratung und Hilfe zu holen. Es gibt da mittlerweile sehr gute Angebote.

▲ Das Q muss mit. Verschwörungserzählungen lassen sich bei fast jedem »Corona-Protest« finden.

Prävention von Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Mittel- und Osteuropa

In Mittel- und Osteuropa bedrohen starke rechtsextreme und -populistische Kräfte nicht nur die Rechte und die Freiheit von Minderheiten und marginalisierten Gruppen, sondern auch die Grundpfeiler des demokratischen Systems selbst und schränken dadurch Räume für die demokratische Zivilgesellschaft immer weiter ein. Vor diesem Hintergrund haben sich verschiedene zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen aus Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Ungarn und Deutschland im Projekt CEE Prevent Net zusammengefunden. Die Broschüre ist das Ergebnis eines Austauschs von Praxisansätzen aus dem Bereich der Jugendarbeit und der (non-formalen) Bildung, die sich zum Ziel gesetzt haben, Diskriminierung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und -extremismus vorzubeugen. Sie stellt 10+1 Ansätze und Methoden von und für Praktiker*innen aus den jeweiligen Ländern vor.

Die Broschüre steht auf der Homepage von cultures interactive e. V. zum Download bereit und kann auch bestellt werden.



veritas – Beratungsstelle für Betroffene von Verschwörungserzählungen

Das seit Anfang 2021 von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt geförderte Projekt »veritas – Beratungsstelle für Betroffene von Verschwörungserzählungen«, unter der Trägerschaft von cultures interactive e. V., verfolgt das hauptsächliche Ziel, Menschen, die durch verschwörungsgläubige Personen in ihrem Umfeld einer akuten Belastung ausgesetzt sind, darin zu unterstützen, einen adäquaten Umgang mit diesem Leidensdruck zu finden, mit verschwörungsgläubigen Angehörigen und Freund*innen in Kontakt zu bleiben und auf diese positiv einzuwirken. Im Rahmen der Fachkräfteberatung unterstützen die Kolleg*innen von veritas auch in speziellen Fällen, bei der Einschätzung von Fragen der Kindeswohlgefährdung im Kontext von verschwörungsgläubigen Familien und bieten sogenannte Insofern Erfahrene Fachkräfteberatung (§8a SGB VII) an.

Die Beratung erfolgt vertraulich, kostenlos und kann sowohl als telefonische, Mail-, Onlineberatung oder in den Räumlichkeiten der Beratungsstelle in Anspruch genommen werden. Sie erreichen die Kolleg*innen von veritas unter kontakt@veritas-beratung.de



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch die



Bundeszentrale für
politische Bildung

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

WELTOFFENES
SACHSEN

Gefördert durch

STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES
UND GESELLSCHAFTLICHEN
ZUSAMMENHALT

Freistaat
SACHSEN



Landeskommision
Berlin gegen Gewalt

be **berlin**

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie



fa:rp
Fachstelle
Rechtsextremismusprävention



Fachstelle Rechtsextremismusprävention
cultures interactive e. V.

Mainzer Str. 11 · 12053 Berlin
Tel. +49 30 60 40 19 50
Fax +49 30 60 40 19 46

info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

Redaktion sowie verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Stefan Bruskowski, Lena Schulze Frenking, Niklas Vögeding

Grafik/Layout: Conny Agel, sevenminds.de

>blickwinkel erscheint im Rahmen der Tätigkeit der Fachstelle Rechtsextremismusprävention (cultures interactive e. V.) als Teil des bundesweiten Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.